



Niederschrift

55. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 13.12.2022
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:17 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD
Frau Babette Reimers SPD
Herr Dr. Gert Zöller Bündnis 90/Die
Grünen
Frau Dr. Anja Günther DIE LINKE
Herr André Tomczak DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said AfD ab 18:14 Uhr

zusätzliches Mitglied

Herr Ralf Jäkel DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel Bündnis 90/Die
Grünen

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis

sachkundige Einwohner

Herr Willo Göpel CDU bis 20:56 Uhr
Herr Horst Heinzel BürgerBündnis
Herr Stefan Matz BI Fahrland
Herr Steffen Pfrogner DIE aNDERE

Herr Holger Reinhard Rohde Freie Demokraten

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Ken Gericke Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt

Herr Lars Selwig SPD entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Dr. Ursula Zufelde Seniorenbeirat entschuldigt

Gäste

Frau Elisabeth Hartleb (Uferwegsbeauftragte) zu TOP 3.1
Herr Jan Lesniak (Bereich Grünflächen) zu TOP 3.2, 3.6, 3.7, 3.12
Frau Elke Kolesnyk (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) zu TOP 3.10
Frau Yvonne Stolzmann (Bereich Stadtraum Mitte) zu TOP 3.4
Herr Erik Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) zu TOP 3.3, 3.5
Herr Hansjörg Wapenhans (Kommunaler Immobilien Service) zu TOP 3.8
Frau Cordine Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) zu TOP 3.9, 3.11

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft, Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Uferweg Hinzenberg bis Neustädter Havelbucht
Vorlage: 22/SVV/0937
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Baumpflanzprogramm 2023
Vorlage: 22/SVV/0939
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und
an die Herausforderungen anpassen
Vorlage: 22/SVV/0940
Einreicher: Fraktion CDU
 - 3.4 Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"
Vorlage: 22/SVV/0958
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
 - 3.5 Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung,
hier: Prioritätenfestlegung 2023
Vorlage: 22/SVV/0962
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(1. Lesung)
 - 3.6 Wasserspielgeräte für Spielplatz
Vorlage: 22/SVV/0963
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
 - 3.7 Verschattungselemente für Spielplatz
Vorlage: 22/SVV/0964
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
 - 3.8 Photovoltaik/ Solarenergie auf kommunalen Gebäuden in Neu Fahrland
Vorlage: 22/SVV/0965
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
 - 3.9 Berücksichtigung der Stadtklimakarte in der Stadtplanung und Bauleitplanung
Vorlage: 22/SVV/0975
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
 - 3.10 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und
Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 22/SVV/0979
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
 - 3.11 Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung
Vorlage: 22/SVV/1001
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE.Potsdam

- 3.12 Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz
Vorlage: 22/SVV/1008
Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zu Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
(gem. Beschluss zur DS 21/SVV/0630)
Kommunaler Immobilien Service
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022 ergeht folgender Hinweis:

Aus technischen Gründen wurde das PDF der Niederschrift im Ratsinformationssystem nicht richtig abgebildet. Der Fehler wird zeitnah behoben. Die Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022 erfolgt in der nächsten Sitzung.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- der Tagesordnungspunkt 3.4 wird in 1. Lesung behandelt
- der Tagesordnungspunkt 4.1 wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Herr Heinzl, Frau Reimers und Herr Pfrogner kritisieren die kurzfristige Einreichung von Änderungs- und Ergänzungsanträgen am Sitzungstag. Dies ließe den Mitgliedern nicht genügend Zeit, sich mit den Inhalten zu beschäftigen. Auch wenn die Geschäftsordnung Änderungs- und Ergänzungsanträge bis zur

Abstimmung des Antrages/ der Beschlussvorlage zulässt, wird appelliert, diese künftig mit mehr Vorlauf zu übermitteln.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Uferweg Hinzenberg bis Neustädter Havelbucht

Vorlage: 22/SVV/0937

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Frau Hartleb (Uferwegsbeauftragte) nimmt für die Verwaltung Stellung. Sie teilt mit, dass die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn aktuell laufen und positiv bewertet würden. Geld könne erst ausgegeben werden, wenn die Wegerechte geklärt sind.

Auf Nachfragen der Mitglieder geht sie ein.

Frau Reimers weist darauf hin, dass Verhandlungen mit der Deutschen Bahn dauern können und spricht sich für die Zurückstellung des Antrages aus.

Herr Pfrogner schlägt vor, den Antrag mit der Aussage, „ab dem Zeitpunkt der Aussicht auf einen Gestattungsvertrag“ zu präzisieren.

Herr Dr. Niekisch schlägt daraufhin folgenden Einschub nach dem ersten Satz vor:

(...): sobald die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG einen Gestattungsvertrag ermöglichen und mit den weiteren Beteiligten eine Einigung erzielt wurde.

Herr Rubelt betont nochmals, dass die Verwaltung bereits entsprechend beauftragt ist. Baukosten können erst nach der Planung beziffert werden. Voraussichtlich im März wisse man mehr.

Herr Jäkel übernimmt den Änderungsvorschlag von Herrn Dr. Niekisch.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umgehend eine konkrete Planung für einen Uferweg/ufernahen Weg in Auftrag zu geben, durch den die vorhandenen Uferwege vom Hafenbecken der Weißen Flotte /Hinzenberg mit den vorhandenen

Uferwegen der Neustädter Havelbucht unter Vermeidung des Umweges über die Breite Straße verbunden werden: **sobald die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG einen Gestattungsvertrag ermöglichen und mit den weiteren Beteiligten eine Einigung erzielt wurde.** Dazu sind die für 2022 gewidmeten Haushaltsmittel zu verwenden.

Weitere benötigte Mittel sind in den Verwaltungsentwurf für den nächsten Haushalt einzustellen. Anstehende Verhandlungen bzw. Verlängerungen von Pachtverträgen in diesem Areal sind unter Berücksichtigung dieses wichtigen Auftrages aus dem Uferwegekonzept der Stadt zu gestalten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2023 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.2 Baumpflanzprogramm 2023
Vorlage: 22/SVV/0939
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt die neue Fassung des Antrages ein:

„Das von der Verwaltung erstellte Baumpflanzprogramm für Potsdam und seine Ortsteile für das Frühjahr 2023 ist im Februar 2023 im KUM und in den Ortsbeiräten vorzulegen.

Die Beratungsergebnisse sollen in die Fortschreibung des Pflanzprogrammes für Herbst 2023/ Frühjahr 2024 einfließen.“

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Die entsprechenden Maßnahmen bedürfen einer frühzeitigen Abstimmung und haben damit eine relativ lange Vorlaufzeit. Zu prüfen sind beispielsweise ggf. verlegte Leitungen. Mit den Bürgerinnen und Bürgern werde schon jetzt eng zusammengearbeitet.

Einige Mitglieder sehen den Antrag als erledigt an, er sei verzichtbar und könne zurückgezogen werden.

Herr Dörschel appelliert zudem auf eine möglichst große Vielfalt bei der Auswahl der Bäume zu setzen.

Herr Tomczak spricht sich dafür aus, dass einmal im Jahr im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität berichtet wird.

Herr Dr. Zöllner stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO) auf Ende der Debatte.

Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 7:0:1 angenommen.

Frau Dr. Klockow bittet die Verwaltung, die Ortsbeiräte rechtzeitig zu informieren, sobald das Programm steht.

Frau Dr. Günther verweist auf das soziale Dilemma, dass in hoch verdichteten Gebieten nur sehr wenige Bäume gepflanzt werden können.

Der Vorsitzende stellt das Votum des Ortsbeirates Groß Glienicke zur Abstimmung:

(...)

Das Pflanzprogramm ist im Januar ~~2023~~ **2024** im KUM und in den Ortsbeiräten vorzulegen, damit rechtzeitig vor Beginn der Pflanzperiode eine Abstimmung erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: mit 0:5:3 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Das von der Verwaltung erstellte Baumpflanzprogramm für Potsdam und seine Ortsteile für das Frühjahr 2023 ist im Februar 2023 im KUM und in den Ortsbeiräten vorzulegen.

Die Beratungsergebnisse sollen in die Fortschreibung des Pflanzprogrammes für Herbst 2023/ Frühjahr 2024 einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.3 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen

Vorlage: 22/SVV/0940

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Rubelt und Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nehmen für die Verwaltung Stellung. Herr Rubelt berichtet über einen entsprechenden Bedarf für die Bauaufsicht. Hier komme es immer wieder zu Engpässen. Mit zeitlicher Verzögerung sind derzeit ausgeliehene Stellen auszuschreiben.

Herr Wolfram bezieht sich auf den Fachbereich Stadtplanung, hier sind neun Stellen unbesetzt. Zusätzliche Stellen würden sich natürlich positiv auswirken. Dies gilt aber auch für andere Fachbereiche, auch weil bestimmte Verfahren fachbereichsübergreifend arbeiten.

Herr Dörschel bezieht sich auf die Behandlung im Ausschuss für Finanzen, wo der Antrag abgelehnt wurde. Die Forderungen gingen an den Erforderlichkeiten vorbei.

Herr Pfrogner ist dafür, den Antrag zurückzuziehen und an alle Fraktionen zu appellieren, das im Haushalt entsprechend umzusetzen.

Herr Heuer verweist auf den Grundsatz der Selbstversorgung der Verwaltung. Die Stadtverordneten hätten hier keine Zuständigkeit. Die Verwaltung solle das über den Haushalt entsprechend regulieren.

Herr Jäkel spricht sich für den Antrag aus und schlägt die den Haushalt betreffende terminliche Änderung im Jahre 2023 vor.

Herr Dr. Niekisch stellt den Antrag für den Antragsteller bis zur nächsten Sitzung zurück.

zu 3.4 Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"

Vorlage: 22/SVV/0958

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Die Beschlussvorlage wird in 1. Lesung behandelt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

Frau Stolzmann (Bereich Stadtraum Mitte) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, ein.

Herr Dörschel bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ein:

„Der Beschlussantrag wird wie folgt ergänzt:

3. In der Rahmenplanung ist an der Wiederherstellung des Stadtkanals als durchgehendem Fließgewässer festzuhalten, genauso wie an der weitestmöglich am Original orientierten Wiederherstellung des Stadtkanals im Abschnitt zwischen Kellertor und Berliner Straße.

4. An den im SVV-Begleitbeschluss vom 1. Dezember 2021 zur Aufhebung der Sanierungssatzung "Am Kanal / Stadtmauer" (Vorlage: 21/SVV/0913) formulierten Aufträgen wird festgehalten. Dementsprechend sind im Abschnitt zwischen Kellertor und Berliner Straße mit geringem Aufwand umsetzbare Umsetzungsschritte so weit wie möglich vorzuziehen.,,

Herr Göpel bringt den Änderungsantrag CDU-Fraktion ein:

1. „Die SVV bekräftigt den Beschluss Nr. 21 SVV 0913 vom 1.12.2021, wonach der Oberbürgermeister damit beauftragt ist, die nötigen planungsrechtlichen Voraussetzungen zu einer der denkmalgerechten Sanierung des 3. Bauabschnittes des Potsdamer Stadtkanals zu schaffen um dessen Umsetzung ganz oder teilweise einem bürgerlichen Engagement zu öffnen. Zudem ist der Oberbürgermeister damit beauftragt für den BA 3 eine Kostenschätzung und Finanzierungsoptionen vorzulegen. Für die im o.g. Beschluss notwendigen Planungsaufträge (siehe Beschlusstext) sind im Haushalt 150.000 Euro eingestellt.
2. Die ggf. notwendige Sanierung der Straße Am Kanal, der Gehwege und eine Anpassung der Straßenbeleuchtung ist in gebotener Sparsamkeit zu planen und in der Kostenschätzung separat zur Instandsetzung des verschütteten Kanals zu betrachten.
3. Bzgl. der Brücke am Kellertor wird der Oberbürgermeister beauftragt die aus Sicht der Verwaltung notwendigen durch die Brücke aufzunehmenden Verkehre zu definieren und die 2008 mit Spendenmitteln erfolgte Planung für die Brücke in der Ämterabstimmung zu einer konsensualen Fassung zu führen und eine Kostenschätzung vorzulegen.“

Im Zuge der hoch kontroversen Debatte sprechen sich einige Mitglieder für eine offene Betrachtung der Nutzungsmöglichkeiten aus. Im Vordergrund sollten aktuelle Fragen und nicht historische Strukturen stehen. Ebenfalls thematisiert werden der Nutzen von Bepflanzung versus Wasser oder das Problem der Versiegelung. Auch die Nutzung der Kellertorbrücke, mit oder ohne Autoverkehr, wird vielfach diskutiert. Thema ist zudem die Finanzierung, bei der private Spenden als eine nötige Option gesehen werden. Einige Mitglieder plädieren für die Beschlussvorlage, einige würden sie gern vorerst zurückstellen. Die Mehrheit spricht sich gegen die eingebrachten Änderungsanträge aus.

Herr Rubelt und Frau Stolzmann gehen auf die Anmerkungen und Nachfragen der Mitglieder ein.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung.

**zu 3.5 Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung,
hier: Prioritätenfestlegung 2023**

Vorlage: 22/SVV/0962

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(1. Lesung)

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, ein.

Auf Nachfragen und Hinweise der Mitglieder geht er ein.

Frau Dr. Klockow weist darauf hin, dass es im Ortsteil Neu Fahrland keinen Wiesenweg gibt und bittet dies zu korrigieren.

Herr Wolfram sagt zu, die angesprochenen Korrekturen vorzunehmen.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung.

zu 3.6 Wasserspielgeräte für Spielplatz

Vorlage: 22/SVV/0963

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein. Sie stellt in Aussicht, die Baukosten aus dem Investitionshaushalt der Gemeinde zu finanzieren.

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Wenn auch der durchaus kostenintensive Unterhalt für die Spielgeräte von der Gemeinde übernommen wird, könne das Projekt umgesetzt werden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Wasserspielgeräte, z.B. „Wasserbaustelle“, „Wasserfluter“ o.ä. für den öffentlichen Spielplatz in Neu Fahrland „An der Birnenplantage“ am besten geeignet sind und sich dort am besten installieren lassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **3**

zu 3.7 Verschattungselemente für Spielplatz

Vorlage: 22/SVV/0964

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein.

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Wenn es um das Thema Verschattung geht, ist die Verwaltung grundsätzlich für Baumpflanzungen. Auch an der in Rede stehenden Stelle würde Herr Lesniak gerne Bäume setzen.

Frau Dr. Klockow befürwortet die Baumpflanzungen, jedoch braucht es eine Lösung bis die Bäume groß genug sind, den nötigen Schatten zu spenden. Sie hat hier eher an eine kurzfristige Maßnahme gedacht, zum Beispiel Sonnensegel.

Insgesamt sprechen sich die Mitglieder für die Pflanzung von Bäumen aus, allerdings müsse damit auch einmal angefangen werden. Wo Bäume nicht die

Lösung sind, so Frau Dr. Günther, müsse ein Plan B her.
Einige Mitglieder kritisieren die Betrachtung einzelner Spielplätze anstatt systematisch vorzugehen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Aufenthaltsqualität auf dem öffentlichen Spielplatz in Neu Fahrland „An der Birnenplantage“ durch Verschattungsmaßnahmen, bzw. Verschattungselemente zu verbessern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 Photovoltaik/ Solarenergie auf kommunalen Gebäuden in Neu Fahrland

Vorlage: 22/SVV/0965

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein.

Herr Wapenhans (Kommunaler Immobilien Service) nimmt für die Verwaltung Stellung. Im KIS Werksausschuss sei der Antrag nach intensiver Auseinandersetzung als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt worden.

Frau Dr. Klockow übernimmt für den Antragsteller das Votum aus dem KIS Werksausschuss und erklärt den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.9 Berücksichtigung der Stadtklimakarte in der Stadtplanung und

Bauleitplanung

Vorlage: 22/SVV/0975

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) bringt die Vorlage ein. Die Stadtklimakarte dient als Instrument für die gesamte Landeshauptstadt Potsdam, nicht nur für die Bauleitplanung. An dieser Stelle ist der Titel nicht korrekt.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des

ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Das erarbeitete Gutachten zur „Stadtklimakarte“ (Kartenmaterial und Endbericht) zu den Wetterereignissen Hitze und Starkregen soll zukünftig als Grundlage für eine klimasensible, an den Klimawandel angepasste Stadtentwicklung dienen und dafür in den aktuellen und zukünftigen Planungsprozessen Berücksichtigung finden. Die Beratung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen im Bestand und im Neubau erfolgt integriert in der Fläche und im Siedlungsraum und wird durch die jeweiligen Facheinheiten ausgeführt.
2. Zur Information der Bevölkerung wird das erarbeitete Gutachten mit Karten- und Berichtsmaterial auf den Seiten der LHP (www.potsdam.de) veröffentlicht. Das dient vor allem der Sensibilisierung für die genannten Themen Hitze und Starkregen, den damit verbundenen Risiken und eröffnet darüber die Möglichkeit zur Selbstvorsorge.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.10 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Vorlage: 22/SVV/0979

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak bringt die neue Fassung des Antrages ein.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein stadtweites Kataster für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erstellen oder erstellen zu lassen. Die ins Kataster aufgenommenen Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und den damit verbundenen städtebaulichen Verträgen, bei der Anwendung der Baumschutzverordnung und bei der Festsetzung naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aus anderen Rechtsbereichen prioritär beauftragt und bearbeitet werden.

Das Kataster soll die Projekte nach den herausragenden Qualitäten differenzieren. Zu diesen gehören unter anderem

1. die Herstellung naturnaher Landschaften und Biotope
2. die Verbesserung und Erhöhung der Biodiversität
3. die Entsiegelung von Flächen
4. die Renaturierung ehemals gewerblich genutzter Flächen
5. die Erhöhung der Niederschlagsmenge, die versickert oder aufgefangen und genutzt wird.

Bei der Erstellung der Prioritäten werden die anerkannten Naturschutzverbände eingebunden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Kosten im Haushaltsentwurf 2023/24 einzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Sachstand zu unterrichten.“

Frau Kolesnyk (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Sie begrüßt den Antrag, jedoch ist die Umsetzung finanziell sowie personell nicht leistbar.

Herr Tomczak stellt den Antrag für den Antragsteller bis zur nächsten Sitzung zurück.

zu 3.11 Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung

Vorlage: 22/SVV/1001

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Reimers bringt den Antrag ein.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) teilt mit, dass dem Antrag entsprochen werden kann.

Herr Rubelt geht auf Nachfragen der Mitglieder ein. Zu diesem Thema werde es voraussichtlich eine Sondersitzung geben.

Herr Pfrogner empfiehlt die Denkmalschutzbehörden des Landes und der Kommune einzuladen.

Herr Said bittet das Thema Wohnraum einzubeziehen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt auf kommunaler Ebene einen fachlichen Diskurs zu beginnen, der unter Einbeziehung relevanter Gruppen der Gesellschaft und der Verwaltung die Ziele des Klimaschutzes gegenüber den Zielen des Denkmalschutzes neu diskutiert mit dem Ziel, den aktuellen Anforderungen der klima- und umweltgerechten Stadtentwicklung, insbesondere unter energetischem Aspekt besser gerecht zu werden.

Der SVV ist im März 2023 erstmals zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.12 Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz

Vorlage: 22/SVV/1008

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein.

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung und berichtet detailliert, mit welchen Mitteln die Blumenfee durch die Verwaltung bereits unterstützt wird. Er verweist auf das Votum des Ausschusses für Finanzen,

„Der Oberbürgermeister **wird** beauftragt, **weiterhin** das ehrenamtliche Engagement der Blumenfee auf dem Luisenplatz Potsdam mit Sachmitteln aus dem Budget der LHP zu unterstützen.“

Frau Dr. Günther erklärt, dass der Antrag auf die Bereitstellung von Pflanzkübeln abzielt.

Nachdem Herr Lesniak mitteilt, dass Pflanzkübel nicht bereitgestellt werden können stellt Frau Dr. Günther den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurück.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Berichterstattung zu Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden (gem. Beschluss zur DS 21/SVV/0630)

Kommunaler Immobilien Service

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 5 Sonstiges

Persönliche Erklärung von Herrn Dr. Zöller zur Kritik von Frau Dr. Klockow am Abstimmungsverhalten zum Tagesordnungspunkt 3.7 Verschattungselemente für Spielplatz

Herr Dr. Zöller rügt die Kritik am Abstimmungsverhalten durch Frau Dr. Klockow. Diese sei zu unterlassen, darauf haben sich die Stadtverordneten einst offiziell geeinigt.

Information zum 3. Termin der Werkstatt Medienstadt

Die Erstellung des angekündigten Mobilitätskonzeptes, das Thema der 3. Werkstatt sein soll, benötigt mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Daher kann die nächste Werkstatt nicht Anfang des kommenden Jahres stattfinden. Der Termin wird bekannt gegeben, sobald das Mobilitätskonzept erstellt ist.

Herr Pfrogner erkundigt sich nach den Stellungnahmen von Klima- und Gestaltungsrat.

Herr Wolfram teilt mit, dass geplant ist, die Stellungnahmen zur Werkstatt im Internet zur Verfügung zu stellen, dieses wird unter <https://werkstatt-medienstadt.de/> erfolgen.